

Bilderbuch-Heimkehr? Remigration im Kontext

**Herausgegeben von
Katharina Prager und Wolfgang Straub**

ARCO WISSENSCHAFT

2017

Peter Pirker

Ablehnung und Auswahl. Remigration aus dem politischen Exil am Beispiel der SPÖ

Die Historikerin Helga Embacher hat 2001 die Erkenntnisse der Forschung zur Rückkehr von 1938 aus Österreich vertriebenen Personen in der unmittelbaren Nachkriegszeit konzise zusammengefasst.¹ Demnach stand die in Österreich lebende Bevölkerung der Rückkehr insbesondere der etwa 100.000 jüdischen Flüchtlinge zu einem großen Teil ablehnend gegenüber. Die österreichische Regierung und die politischen Eliten der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ äußerten öffentlich weder generelles Interesse an der Rückkehr exilierter ParteifunktionärInnen, ihnen nahestehender Intellektueller, KünstlerInnen, Fachkräfte und anderen StaatsbürgerInnen, noch wurde das Staatsbürgerschafts- und Restitutionsrecht für RückkehrerInnen einladend gestaltet, auch wurden keine formellen und kaum informelle Initiativen und Aktionen für Rückholungen entwickelt und gestartet.² Dass die österreichischen Nachkriegsregierungen keine positiven Akzente zur Remigration setzten, sondern ihre Politik diese eher verhinderte, ist als Faktum mittlerweile unbestritten. Zum Teil umstritten sind die Motive der politischen Akteure in Österreich und ihre Gewichtung, insbesondere ob und welche Rolle Antisemitismus dabei gespielt hat.³ Die Frage, wie sich die politischen Eliten, die im April 1945

¹ Helga Embacher: Eine Heimkehr gibt es nicht? Remigration nach Österreich. In: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, 19 (2001), S. 187–209. Vgl. Peter Schwarz, Siegwald Ganglmair: Emigration und Exil 1938–1945. In: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien 2000, S. 817–851; Wolfgang Neugebauer, Siegwald Ganglmair: Remigration. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes [im Folgenden DÖW] (Hg.): Jahrbuch 2003. Berlin 2003, S. 96–102; Sonja Niederacher: The Myth of Austria as Nazi Victim, the Emigrants and the Discipline of Exile Studies. In: Austrian Studies, 11 (2003), S. 14–32; DÖW (Hg.): Österreicher im Exil. Großbritannien 1938–1945. Eine Dokumentation. Wien 1992, S. 596–600; DÖW (Hg.): Österreicher im Exil. USA 1938–1945. Eine Dokumentation. Bd. 2. Wien 1995, S. 688–698.

² Vgl. Hannelore Burger, Harald Wendelin: Vertreibung, Rückkehr und Staatsbürgerschaft. Die Praxis der Vollziehung des Staatsbürgerschaftsrechts an den österreichischen Juden. In: Dieter Kolonovits, Hannelore Burger, Harald Wendelin: Staatsbürgerschaft und Vertreibung (Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 7). München 2004, S. 239–501, S. 373.

³ Vgl. Gudrun Enderle-Burcel: Adolf Schärf – Ein Sozialist und Staatsmann im Nachkriegsösterreich. In: Dies. (Hg.): Adolf Schärf. Tagebuchnotizen des Jahres 1952. Innsbruck 2010, S. 19–28, S. 22f.

damit begannen, Österreich als eigenständigen und demokratischen Nationalstaat zu konstituieren, sich zu den zwangsemigrierten und im Exil befindlichen Menschen verhalten haben, ist auf das Engste damit verknüpft, welche Vorstellungen sie von der personellen Zusammensetzung ihrer Parteien, ihres politischen Milieus, der öffentlichen Verwaltung, von Institutionen und generell der Wählerschaft hatten. Kurzum: Aus einer vergangenheitspolitischen Perspektive, die »nach dem politischen, justiziellen und kulturellen Umgang einer demokratischen Gesellschaft mit ihrer diktatorischen Vergangenheit«⁴ fragt, wären im Kontext der Remigrationsforschung die Vorstellungen über die Neuzusammensetzung von Parteiidentitäten und der politischen Nation zu untersuchen. Hinsichtlich des Umgangs mit ParteigängerInnen des Nationalsozialismus und FunktionsträgerInnen des NS-Regimes ist diese Frage durch die Wahl- und Entnazifizierungsgesetzgebung zwischen 1945 und 1957 geregelt worden. Während die registrierten ehemaligen NationalsozialistInnen von der ersten Nationalratswahl im November 1945 ausgeschlossen blieben, konnten an den zweiten Nationalratswahlen im Jahr 1949 bereits 530.000 als »minderbelastet« eingestufte ehemalige NationalsozialistInnen teilhaben. Die etwa 43.000 als »belastet« registrierten ehemaligen NationalsozialistInnen durften bis zum 30. April 1950 keiner politischen Partei angehören und waren vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen. Danach gab es bei Wahlen und hinsichtlich der Parteizugehörigkeit keine entsprechenden Einschränkungen mehr.⁵ Ein zweiter Schwerpunkt der politischen Integration betraf die Rückholung sowie gesellschaftliche und politische Wiedereingliederung der ehemaligen österreichischen Wehrmachtssoldaten, die sich in Kriegsgefangenschaft befanden. Auch auf einer stärker informellen Ebene betrieben die Parteien über die Vermittlung von Arbeitsstellen, Wohnungen und Sozialleistungen unter diesen Personengruppen den Aufbau neuer Parteiloyalitäten, wie es Matthew Paul Berg für die Wiener SPÖ nachgezeichnet hat:

Legally rehabilitated (amnestied) Nazis were courted as a category of voters and welcomed as individuals who might wish to join the party. By way of contrast, some in SPÖ (and also ÖVP) leadership circles, as well as among the rank and file, regarded with antipathy Austrian Jews who had survived the camps or had returned from exile.⁶

⁴ Günther Sandner: Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik. In: *Austrian Journal of Political Science*, 30 (2001), H. 1, S. 5–17, S. 7.

⁵ Die »Belasteten« blieben allerdings auf Lebzeiten vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Sonja Niederacher: Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung. In: Maria Mesner (Hg.): *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*. Wien, München 2005, S. 13–36, hier: S. 32f.

⁶ Matthew Paul Berg: Reinventing »Red Vienna« after 1945: Habitus, Patronage, and the Foundations of Municipal Social Democratic Dominance. In: *The Journal of Modern History*, 86 (2014), S. 603–632, S. 630.

Während die drei staatsgründenden Parteien der Umwandlung der ehemaligen NationalsozialistInnen und Kriegsgefangenen in WählerInnen und politische Subjekte des neuen österreichischen Nationalstaates viel politische Energie widmeten, war dies bei den wegen rassistischer und/oder politischer Verfolgung Geflüchteten nicht der Fall – Ausnahmen von Bemühungen wie jenen des Wiener Kulturstadtrates Viktor Matejka (KPÖ) bestätigen die Regel.⁷ Am ehesten war noch die KPÖ, deren Parteiführung mit dem Kriegsende aus dem Exil in der Sowjetunion bzw. aus Slowenien zurückgekehrt war und drei Mitglieder der provisorischen Staatsregierung stellte, an einer systematischen Remigration von Flüchtlingen interessiert, die sich einer ihrer oder von ihr dominierten Exilorganisationen angeschlossen hatten. Die andere Seite der Fahnenstange wurde also von Exilorganisationen gehalten. Im Gegensatz zum sozialistischen Exil betrieben Exil-FunktionärInnen der KPÖ unter Flüchtlingen schon vor Kriegsende massiv Propaganda für die Rückkehr nach Österreich. In Großbritannien taten sie dies vor allem im organisatorischen Rahmen des *Austrian Center*, das zur nominell größten österreichischen Exilorganisation *Free Austrian Movement* (FAM) gehörte.⁸ Eine Mischung von ideologisch gezimmerter Erwartung großen politischen Einflusses in der Nachkriegsgesellschaft und antinazistischer Idealisierung der österreichischen Bevölkerung gepaart mit einem politisch-moralischen Druck patriotischer Pflichterfüllung sollte vor allem junge Flüchtlinge zur nationalen Loyalität gegenüber Österreich erziehen und zur Rückkehr bewegen. Doch der Propaganda folgte neben den FührungsfunktionärInnen nur ein vergleichsweise geringer Teil der im *Austrian Center* und im FAM organisierten Flüchtlinge.⁹ Dafür können zwei Gründe genannt werden: Die Novemberwahlen von 1945 entblößten die Versprechungen der Exil-Funktionäre über die antifaschistische Einstellung der ÖsterreicherInnen als Illusionen – die KPÖ erhielt nur 5,4 Prozent. Die Nachrichten von der lückenlosen Verfolgung, der völligen Schutzlosigkeit von in Österreich verbliebenen Familienangehörigen, FreundInnen und Bekannten und von der Shoah zeichneten hingegen ein realistisches Bild.¹⁰ Die propagierte imaginäre Gemeinschaft mit einem antifaschistischen, »anderen« Österreich wurde letztlich nicht geglaubt und deshalb kehrten nur ideologisch hoch

⁷ DÖW (Hg.), *Österreicher im Exil. USA*, S. 712–714.

⁸ DÖW (Hg.), *Österreicher im Exil. Großbritannien 1938–1945*, S. 596f.

⁹ Aus Großbritannien und Westeuropa kehrten nur 1003 Flüchtlinge zurück, was etwa 4 % der überlebenden ExilantInnen in Westeuropa entsprach. Wolfgang Muchitsch: *Mit Spaten, Waffen und Worten. Die Einbindung österreichischer Flüchtlinge in die britischen Kriegsanstrengungen 1939–1945*. Wien, Zürich 1992, S. 20.

¹⁰ Vgl. Anthony Grenville: *Zeit der Prüfung, Zeit der Taten, Zeit des Triumphes und der Illusionen. Die politische Tätigkeit des Austrian Centre*. In: Ders. u. a.: *Wien – London, hin und retour*. Wien 2004, S. 29–61, S. 61; Marietta Bearman: »Freiheit und Unabhängigkeit für Österreich?« *Nachkriegskonzeptionen der Linken im britischen Exil, Grundlagen und Auswirkungen*. In: Richard Dove, Ian Wallace (Hg.): *Vision and Reality: Central Europe after Hitler* (The Yearbook of the Research Centre for German and Austrian Exile Studies, Bd. 15). Amsterdam, New York 2014, S. 23–46, S. 39f.

motivierte KPÖ-Funktionäre und ein kleiner Kern im Exil politisierter jüdischer Flüchtlinge zurück.¹¹ Die geringe Bereitschaft jüdischer Flüchtlinge, nach der Herrschaft des Nationalsozialismus nach Österreich zurückzukehren, war als Phänomen aber nicht erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden, sondern ein Resultat der Radikalität von Verfolgung und Vertreibung 1938/39 sowie einer damit zusammenhängenden hohen Bereitschaft zur Akkulturation in den Fluchtländern. Zu bedenken ist ferner, dass sich in Österreich vor 1938 kaum eine integrative nationale Identität ausgebildet hatte. Der Wiener Sozialwissenschaftler und ehemalige Mitarbeiter der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle, Theo Neumann, beobachtete in seiner Pioniereinheit bei der britischen Armee 1940, dass die politischen Sympathien der aus Wien stammenden jüdischen Pioniere zwar meist der Sozialdemokratie gehörten, gesprochen wurde über sie aber eher als Reminiszenz an eine vergangene Zeit, denn als Hoffnung für die Zukunft.¹²

Vor diesem Hintergrund ist der Verdacht naheliegend, dass – abgesehen von der verzögerten Ausnahme Bruno Kreiskys – RemigrantInnen in der österreichischen Politik nach 1945 keine wesentliche Rolle gespielt haben können. Schon ein Blick auf die Zusammensetzung der Redaktion des 1946 gegründeten zentralen Theorie- und Debattierorgans der SPÖ *Die Zukunft*, das die Nachfolge der berühmten Theoriezeitschrift des Austromarxismus *Der Kampf* antrat, kann diese Annahme relativieren: Unter den sieben Redakteuren waren vier aus dem Exil zurückgekehrt (Oscar Pollak, Stefan Wirlandner, Karl Czernetz und Karl Hans Sailer). Zutreffender ist wohl, dass bestimmte RemigrantInnen in der SPÖ bestimmte Funktionen spielen konnten, es also ein Auswahlverfahren gab, in dem die Personen bestimmt und mögliche Betätigungsfelder definiert wurden. Neben der Haltung der politischen Eliten, die während des NS-Regimes weitgehend unbehelligt in Österreich »überwintert« oder die politische Verfolgung überlebt hatten, und der Exilpolitik ist als dritter wesentlicher Faktor die Repatriierungspolitik der Alliierten zu berücksichtigen, wobei für die Fluchtländer im Westen vor allem die britische Politik von Bedeutung war, mit der sich die USA abstimmten. Mit Kriegsende beschloss das Foreign Office ein allgemeines Rückkehrverbot für österreichische ExilantInnen, das bis Ende 1945 galt. Auch aus den USA durften Flüchtlinge erst im Frühjahr 1946 nach Europa reisen. Wer die Staatsbürgerschaft des Fluchtlandes angenommen hatte, war von weiteren Restriktionen betroffen.¹³ Ausschlaggebend für das Reiseverbot im Jahr 1945 waren absehbare logistische Probleme, wie Transport, Unterbringung, Versorgung; es gab

¹¹ Vgl. Embacher, Eine Heimkehr gibt es nicht?, S. 195; Sonja Frank: Young Austria. ÖsterreicherInnen im britischen Exil 1938–1945. Für ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich. Wien 2014.

¹² Vgl. Peter Pirker: Abschied vom Patriotismus in der Exilforschung: Politisches Denken und Handeln im Exil. In: Evelyn Adunka u. a. (Hg.): Exilforschung: Österreich. Leistungen, Defizite & Perspektiven. Wien 2017 (im Erscheinen).

¹³ DÖW (Hg.), Österreicher im Exil. USA, S. 692.

aber auch einen politischen Aspekt, der die Unsicherheit betraf, welchen ExilpolitikerInnen eine Rückkehr ermöglicht werden sollte und welchen nicht. Angesichts der starken Rückkehrmobilisierung der kommunistisch dominierten Exil-Organisationen schien ein allgemeines Verbot den willkommenen Effekt mit sich zu bringen, den Aufbau der KPÖ in Österreich gegenüber anderen Parteien nicht zu begünstigen.¹⁴ Vor der Nationalratswahl im November 1945 gelangten KommunistInnen nur vereinzelt und auf illegalen Wegen aus dem Westen nach Österreich zurück. Entsprechend wird das allgemeine Rückreiseverbot Großbritanniens und der USA häufig als antikommunistisch motiviert ausgelegt. Wie in der Folge gezeigt wird, gelang es den österreichischen Exil-SozialistInnen in Großbritannien als einziger Exilorganisation das allgemeine Rückkehrverbot zu überwinden. Ursachen und Phasen werden im ersten Teil behandelt, ebenso die Frage, warum einer bestimmten Gruppe von Exil-SozialistInnen aus Großbritannien eine rasche Rückkehr gelang und anderen aus den USA nicht.¹⁵ Vorweg zu betonen ist, dass nicht bloß ExilpolitikerInnen aus Österreich Schwierigkeiten bei der Rückkehr hatten. Entsprechende Vorbehalten waren ein generelles Kennzeichen der strukturell angelegten Spannung und Rivalität zwischen Exil- und Landesorganisationen, auch wenn wie im Falle Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Norwegens oder der Tschechoslowakei Exil-Regierungen oder anerkannte nationale Exil-Organisationen existiert hatten und manche Rückkehrer vorübergehend politische Führungspositionen bekleideten.¹⁶

In der Exil- und Remigrationsforschung wurde die These vertreten, dass die heftigen politischen Konflikte und Positionskämpfe innerhalb des sozialistischen Exils keine realpolitischen Konsequenzen gehabt hätten.¹⁷ Gewiss trägt die »Politik im Wartesaal«, wie Helene Maimann die Konstellation des Exils paradigmatisch genannt hat,¹⁸ viele Züge einer »politics of schism« mit

¹⁴ Vgl. Muchitsch, Mit Spaten, Waffen und Worten, S. 102. Zu Deutschland: Charmian Brinson: »The creation of a free, independent, and democratic Germany«: The Free German Movement in Britain 1943–1945. In: Richard Dove, Ian Wallace (Hg.): Vision and Reality: Central Europe after Hitler (The Yearbook of the Research Centre for German and Austrian Exile Studies, Bd. 15). Amsterdam, New York 2014, S. 1–23, S. 15f.

¹⁵ Vorarbeiten insbesondere zur Exilpolitik finden sich in: Peter Pirker: Subversion deutscher Herrschaft. Der britische Kriegsgeheimdienst SOE und Österreich (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 6). Göttingen 2012; Peter Pirker: Die Remigration sozialistischer Exilanten nach Österreich: Exilpolitik – Netzwerke – Nachkriegsintegration. In: Dove, Wallace (Hg.), Vision and Reality, S. 119–156.

¹⁶ Martin Conway: Legacies of Exile: The Exile Governments in London During the Second World War and the Politics of Post-War Europe. In: Martin Conway, José Gotovitch (Hg.): Europe in Exile. European Exile Communities in Britain 1940–45. New York, Oxford, S. 255–274, S. 261.

¹⁷ Christian Fleck, Heinrich Berger: Gefesselt vom Sozialismus. Der Austromarxist Otto Leichter (1897–1973). Frankfurt/M. 2000, S. 100.

¹⁸ Helene Maimann: Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938 bis 1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 62). Wien, Graz 1975.

heute bedeutungslos erscheinenden ideologischen Haarspaltereien und ins politisch gewendeten persönlichen Animositäten.¹⁹ Meines Erachtens greift diese Betrachtungsweise aber zu kurz. Exilpolitik sollte viel stärker als Ringen um Handlungsmöglichkeiten verstanden werden. Eine solche Betrachtung kann zeigen, dass unterschiedliche exilpolitische Positionen und ihre Veränderungen die Remigrationschancen wesentlich mitbestimmt haben. Im Falle der österreichischen Exil-SozialistInnen tritt dieser Zusammenhang besonders deutlich hervor. Ein wesentlicher Teil der politischen Führung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) rund um Otto Bauer musste den Weg ins Exil bereits mit der Ausschaltung der Partei und der Niederschlagung des Aufstandes vom Februar 1934 durch das austrofaschistische Regime antreten. Mit dem »Anschluss« an NS-Deutschland flüchteten auch die maßgeblichen Führer der illegalen Parteiorganisation Revolutionäre Sozialisten Österreichs (RSÖ) um Joseph Buttinger und Karl Hans Sailer, sofern sie die ersten Verhaftungswellen des NS-Regimes überstanden hatten. Ein drittes Segment der Fluchtbewegung der SozialdemokratInnen von 1938 waren AktivistInnen, die in erster Linie von der antisemitischen Verfolgungspolitik des NS-Regimes bedroht waren. Im Land zurück blieben ehemalige führende Funktionäre der SDAP, die meist dem rechten Parteiflügel angehört hatten und bei der Wiedergründung der SPÖ im April 1945 die maßgebliche Rolle spielten (etwa Karl Renner, Adolf Schärf) sowie der nichtjüdische Teil der Massenbasis der alten SDAP und der AktivistInnen der RSÖ. Dieses Inlandssegment des sozialdemokratischen Lagers entwickelte sich nicht zu einer Bürde für NS-Deutschland oder einem Hort des Widerstandes, wie es insbesondere britische Beobachter und Sympathisanten erwartet hatten, sondern wurde weitgehend in den NS-Staat integriert oder verhielt sich abwartend passiv.²⁰

Bis 1942 blieb die Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVÖS) mit ihren Zweigstellen in London, Stockholm und New York im Wesentlichen dem exilpolitischen Paradigma der politischen Loyalität²¹ verhaftet, sprich der Loyalität zum Projekt einer sozialistischen Revolution, die perspektivisch auf eine Überwindung der politischen Form des Nationalstaates ausgerichtet war. Doch dieser Internationalismus stand quer zur dominanten Form des europäischen Widerstands gegen NS-Deutschland, der sich in nationalen Abwehr- und Befreiungskämpfen formierte. Die Machtlosigkeit des Internationalismus hatte sich bereits mit dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 und der Auflösung der Sozialistischen Arbeiter Internationale (SAI) 1940, in der österreichische Sozialisten wie Friedrich Adler eine führende Rolle gespielt hatten, abgezeichnet. Es existierte weder eine geopolitische Macht, die

¹⁹ Yossi Shain: *The Frontier of Loyalty. Political Exiles in the Age of the Nation-State*. Hanover, London 1989, S. 38.

²⁰ Vgl. G. E. R. Gedy: *Fallen Bastions. The Central European Tragedy*. London 1939, S. 362; Berg, *Reinventing »Red Vienna«*, S. 609.

²¹ Zur Unterscheidung von politischer und nationaler Loyalität vgl. Shain, *The Frontier of Loyalty*, S. 1–7.

diese Position unterstützte, noch gab es Ansätze für eine internationalistisch orientierte antifaschistische und antinazistische Bewegung auf dem Kontinent, noch starke Bündnispartner dafür in der britischen Labour Party, der nunmehr wichtigsten sozialistischen Partei der freien Welt, sowie unter den sozialistischen Exilparteien.²² Im Grunde standen den österreichischen Exil-SozialistInnen nur zwei Optionen offen: entweder Ausstieg aus der Exilpolitik und politische Bedeutungslosigkeit oder ein Paradigmenwechsel und damit das Fortleben der Chance, sich an der politischen Gestaltung Nachkriegseuropas beteiligen zu können. Die politischen Kämpfe innerhalb und zwischen den österreichischen sozialistischen Exilgruppen in London, New York und Stockholm drehten sich bis 1942/43 genau um diesen Paradigmenwechsel von politischer hin zu nationaler Loyalität. In konkrete Politik gegossen ging es um das Eintreten für die Wiedererrichtung eines österreichischen Nationalstaates, um die Abkehr vom integralen Sozialismus, das heißt eine klare Ausrichtung auf eine westlich-demokratisch orientierte Sozialdemokratie, die bereit war, mit konservativen Parteien, also dem ideologischen Gegner, zu kooperieren und den Traum von einer sozialistisch-kommunistischen Einheitspolitik aufzugeben.

Während die Londoner und Stockholmer Gruppen unter der Führung von Oscar Pollak, Franz Novy und Bruno Kreisky den Paradigmenwechsel 1942/43 fast kollektiv vollzogen hatten, war das bei den führenden Funktionären der AVÖS in New York nicht der Fall, wo sich ein Kreis um Joseph Buttinger und Friedrich Adler dem Paradigmenwechsel verschloss. Bei der Analyse dieses Prozesses sind nicht nur interne Debatten zu berücksichtigen, sondern auch Anpassungsdruck von außen. Den maßgeblichen Funktionären in London und Stockholm war von Politikern der Labour Party und britischen Gewerkschaftern schon 1940/41 klar gemacht worden, dass sie Handlungsmacht nur in enger Kooperation mit den Westmächten erlangen konnten. Eine wesentliche organisatorische Ebene dafür war die Kooperation mit dem Kriegsgeheimdienst Special Operations Executive (SOE), zu der sich ab 1944 auch noch jene mit dem europäischen Zweig des US-amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) in London, Paris und der Schweiz gesellte. Londoner und Stockholmer Funktionäre, allen voran Oscar Pollak, Franz Novy und Bruno Kreisky, gingen solche Kooperationen ein, vereinzelt – etwa im Falle Karl Hans Sailer – kam es dazu auch in den USA. Sie überwandten alte Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Westmächten und gewannen damit Zugänge zu Ressourcen, die für die Remigration von enormer Bedeutung waren. Eine kleine Gruppe von Exil-Sozialisten wurde von SOE für die Kontaktaufnahme mit GenossInnen in Österreich ausgebildet,

²² Vgl. Ursula Langkau-Alex: *The International Socialist Labor Movement and the Elimination of the »German Problem«*. A comparative view on ideas, politics, and policy of the French, English, Swedish and US Labor Movement. IISH Research Paper 29, 1997, S. 7; Herman Balthazar: *The Socialist Internationale: Society or Counter-Society?* In: Conway, Gotovitch (Hg.), *Europe in Exile*, S. 247–254, S. 247f.

sie lernten maßgebliche Akteure innerhalb von SOE, der britischen Armee und im britischen Außenamt kennen, sie erhielten Zugang zu effizienten Kommunikationsmitteln, zu Geld und sie konnten im Auftrag von SOE und OSS im befreiten Europa reisen. Mit einem Wort: Sie wurden in starke Netzwerke eingebunden. Im Frühjahr 1945 wurden sie schließlich auf Erkundungsmissionen nach Österreich geschickt, um einerseits Informationen über die politische Lage in Österreich zu sammeln und andererseits Kontakte zur SPÖ herzustellen. Ein strategisches Ziel dieser transnationalen subversiven Kooperation war hinsichtlich der Nachkriegsgestaltung klar antikommunistisch grundiert. Es ging um die präferentielle Unterstützung der SPÖ gegenüber der KPÖ und darum, die beiden Parteien der Linken getrennt voneinander zu halten.²³ Die wichtigsten dieser sozialistischen Emissäre waren Ernst Lemberger, Stefan Wirlandner, Theo Neumann, Walter Hacker und im organisatorischen Zusammenhang des britischen Elements der Allied Commission for Austria (ACA) Walter Wodak.²⁴ Ihre Missionen nach und in Österreich zwischen Februar und Dezember 1945 beeinflussten die Form der Remigration maßgeblich.

Drei Phasen dieser transnationalen Remigrationspolitik lassen sich unterscheiden: die erste Phase der Kontaktaufnahme zwischen den Emissären und Sozialdemokraten in Österreich (Initiation), die zweite Phase, in der die Emissäre von der Parteiführung die Zustimmung zur Rückkehr bestimmter ExilfunktionärInnen erreichten (Durchbruch) und eine dritte Phase, in der die Remigrationspolitik von den ersten Remigranten aus London entscheidend mitbestimmt wurde (Auswahl). Nach der politischen Konsolidierung Ende 1945 ging die Initiative wieder an den Parteivorstand der SPÖ zurück, was gleichbedeutend mit einem faktischen Ende der Remigrationspolitik war.

Der Beginn der transnationalen Remigrationspolitik ist bereits 1943 mit den ersten Versuchen der SOE anzusetzen, sozialistische Exilfunktionäre in Kontakt mit InlandsgenossInnen zu bringen. Zu einem direkten persönlichen Treffen mit maßgeblichen Sozialdemokraten im Inland kam es aber nicht vor Februar 1945, als Ernst Lemberger, der in der französischen Résistance gekämpft hatte und von den OSS nach Wien geschickt wurde, um gemeinsam mit Fritz Molden Gespräche mit Vertretern des Provisorischen Österreichischen Nationalkomitees zu führen. Lemberger traf alte sozialdemokratische Funktionäre, die unter dem NS-Regime »überwintert« hatten. Dabei kam auch die Frage der Remigration zur Sprache. Unter den wenigen Gesprächspartnern Lembergers war Adolf Schärf, der sehr bald zum SPÖ-Chef und Vizekanzler avancieren sollte. Ein persönlicher Bericht Lembergers über dieses Gespräch wurde bislang nicht gefunden, allerdings gibt es im britischen Staatsarchiv

²³ Dieser Aspekt kennzeichnete bereits die Exilpolitik, erkennbar an den Abspaltung vom FAM und die Isolation der KommunistInnen darin ab 1943. Vgl. Pirker, Subversion, S. 100.

²⁴ Vgl. Bernhard Kushey: Die Wodaks. Exil und Rückkehr. Eine Doppelbiografie. Wien 2008.

ein Dokument, das wesentliche Inhalte zum Remigrationsaspekt wiedergibt. Demnach hat Lemberger nach seiner Rückkehr im März 1945 berichtet, dass die SozialdemokratInnen in Österreich die Rückkehr von EmigrantInnen pauschal ablehnten, wie aus einem Schreiben von William Mack an Geoffrey Harrison vom 17. April 1945 hervorgeht:

The Social Democrats in Austria do not want any of the emigrés back. Their attitude corresponds fairly closely to that of the political elements inside other countries which have been liberated. Lambert [Lemberger] had found in Vienna among the Social Democrats and others considerable apprehension about the possibility of a mass return of the Jewish refugees who had gone to various countries. You will remember that anti-Semitism was very strong in Vienna towards the end of the last century. It has been latent ever since, and I fear that the Jewish question will not be the least of Austria's problems in the future. In any case, Lambert laid great stress on this problem.²⁵

Die sozialistischen ExilpolitikerInnen hatten sich über Jahre darum bemüht, von britischen Regierungsbeamten als legitime Sprecher der österreichischen Sozialdemokratie anerkannt zu werden. Vor diesem Hintergrund kann Lembergers Bericht für die Chancen einer Remigration in größerem Ausmaß nur als fatal gewertet werden. Im britischen Außenamt wurden seine Angaben jedenfalls als bedeutsam eingestuft. Im Kontext der Bemühungen der Exil-SozialistInnen, das oben erwähnte allgemeine britische Rückreiseverbot zu überwinden, dürften sie wesentlich dazu beigetragen haben, dass das Foreign Office für sozialistische ExilantInnen eine dezidierte Einladung der SPÖ verlangte, was die Notwendigkeit eines Entscheidungsprozesses innerhalb der Parteiführung mit sich brachte.²⁶

Der indirekt wiedergegebene Bericht Lembergers kann auch zur Klärung einer Kontroverse in der Exil- und Remigrationsforschung beitragen. In seiner Biographie über Adolf Schärf führte der Historiker Karl R. Stadler, der selbst erst 1968 nach Österreich zurückgekehrt war, die einladende oder ablehnende Haltung der SPÖ-Führung gegenüber Exil-FunktionärInnen auf jeweils verschiedene, parteitaktisch nachvollziehbare Motive zurück. Vorsichtig war Stadler bei der Bewertung eines anderen Motivs, nämlich Rücksichtnahme auf Antisemitismus in Österreich: »Ob der manchmal geäußerte Verdacht berechtigt war, daß man bei der Rückholung der meist jüdischen Emigranten sehr vorsichtig umging, um nicht einen neuen Antisemitismus zu züchten, läßt sich aus den Quellen weder beweisen noch widerlegen«²⁷, so Stadler. Stadler verteidigte damit Schärf gegen eine Anschuldigung von Julius Brauthal, dem ehemaligen Sekretär von Friedrich Adler in der SAI, die er 1948 in seinem stark rezipierten Buch *The Tragedy of Austria* erhoben hatte:

²⁵ William Mack war Leiter des britischen Elements der Allied Commission for Austria, Geoffrey Harrison der im Foreign Office für die britische Außenpolitik zu Österreich maßgebliche Beamte. William Mack an Geoffrey Harrison, 17. 4. 1945, C1561/G37, The National Archives [im Folgenden TNA], FO 371/46609.

²⁶ Vgl. Pirker, Remigration, S. 131–133.

²⁷ Karl R. Stadler: Adolf Schärf. Mensch – Politiker – Staatsmann. Wien 1982, S. 246.

In der ersten Botschaft, die die Führer der wiedererstandenen Sozialistischen Partei Österreichs aus dem befreiten Wien an ihre Genossen in der Emigration – meist Juden – richteten, wurde ganz offen ausgesprochen, daß man »Bedenken« habe gegen die Rückkehr einer großen Zahl von Juden nach Österreich.²⁸

Da Braunthal keine Quelle anführte, betonte Stadler, dass Braunthal »jeden Beweis für dieses angebliche Zitat schuldig geblieben« sei.²⁹ Gertrude Enderle-Burcel, die Herausgeberin der Tagebuchnotizen von Schärf, unterstrich 2008 noch einmal Stadlers Quellenkritik und stellte das Zitat Braunthals an den Beginn einer Reihe von angeblich ähnlich unbelegten Antisemitismusvorwürfen gegen Schärf und die Nachkriegs-SPÖ.³⁰ Es ist zwar nach wie vor unklar, auf welche Erklärung sich Braunthal bezog, aber mit dem – wenn auch indirekt wiedergegebenen – Bericht Lembergers liegt ein starkes Indiz dafür vor, dass von führenden Sozialdemokraten tatsächlich eine entsprechende Botschaft bereits vor der Befreiung Wiens in den Westen gelangt war.

In einer zweiten Phase, die Anfang Mai 1945 begann, geriet die generell ablehnende Position im Parteivorstand unter Druck und wurde zum Teil überwunden. Verantwortlich dafür waren im Wesentlichen jene bereits erwähnten Exil-Sozialisten, die im Auftrag von SOE und in enger Abstimmung mit dem »London Büro der österreichischen Sozialisten in Großbritannien« im Mai und Juni 1945 von Italien und der Schweiz aus bis nach Wien vordrangen, also noch bevor die Westmächte Missionen in Wien einrichten konnten. Die persönlichen Interventionen von Walter Hacker, Stefan Wirlandner, Theo Neumann und später von Walter Wodak drängten dem Parteivorstand die Frage der Remigration auf. Sie lobbyierten insbesondere für eine rasche Rückkehr von Oscar Pollak, der bis 1934 die *Arbeiter-Zeitung* herausgegeben hatte. Erst nach einigem Zögern und zum Teil mit starken Vorbehalten sprach der Parteivorstand schließlich die vom britischen Außenamt verlangte schriftliche Einladung an Pollak aus. Der Brief wurde übrigens vom britischen Journalisten G. E. R. Gedye nach London telegraphiert, der ebenfalls zum SOE-Netzwerk gehörte.³¹ Die Zustimmung des britischen Repräsentanten in Wien, William Mack, holte Peter Wilkinson ein, der bis Mai 1945 die Österreich-Einsätze der SOE geleitet hatte und nun als *Political Adviser* der

²⁸ Zit nach ebd., S. 247; Julius Braunthal: *The Tragedy of Austria*. London 1948, S. 121.

²⁹ Stadler, Adolf Schärf, S. 247.

³⁰ Gertrude Enderle-Burcel: Adolf Schärf – Ein Sozialist und Staatsmann im Nachkriegsösterreich. In: Adolf Schärf: *Tagebuchnotizen des Jahres 1955*. Innsbruck 2008, S. 17–42, S. 23; vgl. Theodor Venus: Kontinuitäten und Brüche in der sozialdemokratischen Tagespresse und im Journalismus 1938 bis 1945. In: Mesner (Hg.), *Entnazifizierung*, S. 186–265, S. 225.

³¹ Extract from letter of G.E.R. Gedye to the Daily Herald, 12. 8. 1945, C4623/4034/3, TNA FO 371/46659; Oscar Pollak an Philip Noel-Baker, Minister of State, Foreign Office, 8. 8. 1945, Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung [im Folgenden VGA], Nachlass Marianne und Oscar Pollak [im Folgenden NMOP].

ACA in Wien fungierte.³² Das Gelingen der Remigration von Oscar Pollak trotz des generellen Reiseverbotes war sehr stark mit dem Wirken dieses Netzwerkes verbunden. Pollak erreichte Mitte September Wien, übernahm die Herausgabe der *Arbeiter-Zeitung* und wurde Mitglied des Parteivorstandes. Ein anderer wichtiger Aspekt der Remigrationspolitik des Parteivorstandes in dieser Phase war, dass er die Frage der Remigration an die RemigrantInnen zurückspielte: Die Kompetenz dafür erhielt Oscar Pollak. Im Protokoll des Parteivorstandes hieß es: »Nach Besprechung mit ihm soll diese Frage gelöst werden. Auch die Frage der Parteivertretung im Ausland soll danach geregelt werden.«³³ Walter Hacker gab diesen Beschluss in einem Brief an Oscar Pollak recht genau wieder, umriss aber deutlicher als im Protokoll vermerkt, worum es konkret gehen sollte: »Our comrades also want your advice as to the desirability of the return of other refugees. The general line is that everybody is wanted back who »behaved decently while abroad«. And on this they want your advice.«³⁴

Neben Pollak nahm Franz Novy eine Sonderstellung unter den frühen RemigrantInnen ein. Als bedeutendster Gewerkschafter im Exil hatte Novy in London eng mit Pollak an der Neuausrichtung der sozialistischen Exilpolitik gearbeitet, war in die Kooperation mit SOE eingebunden und hatte im Jänner 1945 eine vom OSS organisierte Reise in die Schweiz zur Kontaktaufnahme mit den dort befindlichen österreichischen Sozialisten unternommen.³⁵ Novy kam wenige Wochen nach Pollak ohne offizielle Einreiseerlaubnis nach Wien und konnte so noch für die Kommunalwahlen in Wien kandidieren. Als Stadtrat und erster Vorsitzender der mächtigen Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter organisierte er den Wiederaufbau Wiens und ließ die ersten großen Wohnbauten nach Kriegsende errichten. 1947 wurde er Wiener SPÖ-Chef, starb allerdings zwei Jahre später im Alter von 49 Jahren. Von ihm sind bislang keine Initiativen in der Remigrationspolitik bekannt.

Mit Pollaks Rückkehr begann die Phase der Auswahl. Bei der Rekonstruktion und Neuzusammensetzung des politischen Milieus der Sozialdemokratie spielte die Vergabe von »patronage resources« eine wichtige Rolle. Matthew Paul Berg stellte in seiner Studie zur Wiedererfindung des Roten Wien in den ersten Nachkriegsjahren fest, dass die Bewertung des politischen Verhaltens bei der Auswahl des Personals für die öffentliche Verwaltung ausschlaggebend war. Höchste Präferenz kam SozialdemokratInnen zu, die über nützliche Qualifikationen verfügten und ihre politische Verlässlichkeit geltend machen

³² Minute von William Mack, 16. 8. 1945, C4623/4034/3, TNA, FO 371/46659; Oscar Pollak an Lieut.-Colonel Wilkinson, ACA, British Element, Political Division, Vienna, VGA, NMOP, 4/10.

³³ Fleck, Berger, *Gefesselt vom Sozialismus*, S. 115.

³⁴ Bereits Stadler zitierte diesen Brief Hackers, ohne den Absender aber beim Namen zu nennen. Stadler diente der Brief dafür, Braunthals Kritik an der SPÖ-Spitze »wesentlich« einzuschränken. Stadler, Adolf Schärf, S. 247.

³⁵ Pirker, *Subversion*, S. 426.

konnten, das heißt auch während der NS-Zeit loyal zur Sozialdemokratie gestanden zu haben, also »anständig« geblieben zu sein. Letzteres wurde entweder durch die Vorlage von Empfehlungsschreiben von ParteifunktionärInnen erreicht oder ParteifunktionärInnen in der Stadtverwaltung holten Einschätzungen bei den Parteistellen in den Wohnvierteln, im Bezirk oder in Betrieben ein.³⁶ Im Falle der Remigration kam dieselbe Methode vereinfacht zur Anwendung, darauf weist die vom Parteivorstand laut Hacker gewählte Bedingung »behaved decently while abroad« hin. Politisch unbestimmt, war sie nicht mehr als ein Code, der die Beurteilung und somit die Auswahl weitgehend Oscar Pollak überließ. Er hatte für diese Phase gewissermaßen die Definitionshohheit darüber erhalten. Pollak stellte eine Liste von ExilantInnen in Großbritannien, den USA, Schweden und der Schweiz zusammen und ließ ihre Rückkehr vom Parteivorstand absegnen. Eine an die britischen Behörden weitergegebene Liste enthielt siebzehn »Londoner« SozialistdemokratInnen.³⁷ Ihre Rückkehr nach Österreich klappte dank der exzellenten Verbindungen Pollaks binnen weniger Wochen rechtzeitig vor der Nationalratswahl. Von den ExilfunktionärInnen in den USA setzte Pollak nur vier auf seine Liste: Karl Hans Sailer, Otto Leichter, Jacques Hannak und Ernst Papanek. Hinzu kamen die »Schweden« Bruno Kreisky, Rudolf Holowatyj, Josef Pleyl, Johann Menzel und Alois Reitbauer, aus der Schweiz Karl Weigl.

Nach welchen Kriterien wählte Pollak aus, was galt ihm als »anständiges Verhalten«? Ein Dokument dazu liegt nicht vor, aber die Exilpolitik bietet einen Schlüssel. Niemand auf Pollaks Liste vertrat nach 1942 noch die Positionen der AVÖS, keiner hatte sich im Streit um die Exilpolitik gegen den Londoner Paradigmenwechsel gestellt – die »Schweden« hatten ihn sogar forciert – und etliche hatten mit westalliierten Stellen während des Krieges eng kooperiert. Während Pollaks Verbindungen eine rasche Rückkehr der »Londoner« gewährleisteten, ergaben sich für die Funktionäre in den USA

³⁶ Berg, Reinventing »Red Vienna«, S. 611.

³⁷ Zur Rückkehr vorgeschlagene Funktionäre der S.P.Ö., o.D., masch. Typoskript mit hs. Ergänzungen, VGA, NMOP, 4/7. Auf dieser Liste für den Parteivorstand befinden sich elf FunktionärInnen, auf jener für die britischen Behörden zusätzlich vier Ehefrauen sowie der steirische Gewerkschafter Isidor Preminger und dessen Ehefrau Anna. Die Liste enthält: Karl und Margit Czernetz, Marianne Pollak, Karl und Josefine Ausch, Wilhelm und Claire Rosenzweig, Richard und Anna Strasser, Stefan Wirlandner, Johann Svitanics, Alexander Gottlieb, Hans Hladnik, Shella Hanzlik, Erwin Weiss, Isidor und Anna Preminger. Wirlandner befand sich bereits in Wien, musste aber zur Demobilisierung nach London und befand sich deshalb auf der Liste. Theo Neumann, Walter Wodak und Walter Hacker standen in Wien im Dienst der British Legal Army Unit bzw. der Psychological Warfare Branch, mussten zu diesem Zeitpunkt also nicht repatriert werden. Karl und Josefine Ausch kehrten aus verschiedenen Gründen erst im November 1946 zurück. Oscar Pollak an W. B. Mack, British Element, ACA, Vienna, 6. 10. 1945, VGA, NMOP, 4/10.

und Schweden eine Reihe von Problemen.³⁸ Nach der Abwicklung des Rücktransports aus England kümmerte sich der Parteivorstand nicht weiter um die Rückkehr; Pollak versank im Tagesgeschäft und schien mit den drängenden Anfragen aus den USA überfordert, zumindest weist der häufig gereizte Ton seiner Korrespondenz darauf hin. Die Frage der Remigration war in Wien nach der Nationalratswahl offenbar von der Tagesordnung genommen worden. Nun waren die politischen Funktionen in der Partei weitgehend verteilt. Bei der Beurteilung von Pollaks Verhalten muss außerdem ein häufig übersehenes Faktum mitberücksichtigt werden: Nach der Nationalratswahl geriet seine eigene Position in Gefahr. Im Februar 1946 beschwerte sich Bundespräsident Renner (SPÖ) auch im Namen von SPÖ-Chef Schärff beim britischen Botschafter Mack über Pollak. Den SPÖ-Granden missfiel nach der Bildung der ÖVP-SPÖ-Koalitionsregierung sowohl der allzu aggressive anti-sowjetische Kurs der *Arbeiter-Zeitung* als auch – obwohl sie den Koalitionskurs unterstützte – deren allzu kritische Haltung gegenüber der ÖVP. Mack verstand die vorgebrachten Beschwerden und die Rückkehr Pollaks wurde nun unisono bedauert. Er galt als Störfaktor der interalliierten und großkoalitionären Beziehungen in Wien.³⁹ Sein Einfluss auf die Parteiführung dürfte nach der Nationalratswahl stark geschrumpft sein. Auch die Fürsprachen anderer prominenter ParteifunktionärInnen für einzelne ExilantInnen fanden kein Gehör.⁴⁰

Im Frühjahr 1946 kehrten aus den USA noch zwei der vier von Pollak Genannten, Karl Hans Sailer und Jacques Hannak, sowie mit Julius Deutsch ein weiterer prominenter ehemaliger Parteiführer nach Wien zurück. Sailer und Hannak fanden bei Pollak in der *Arbeiter-Zeitung* Aufnahme, Deutsch erhielt die politisch unbedeutende Leitung des Parteiverlages übertragen. Im Falle Otto Leichters waren es wohl politische Differenzen, die eine Rückkehr weiter verzögerten. Leichter hielt nach wie vor an der Idee des integralen Sozialismus fest und plädierte für ein Zusammenwirken mit der Sowjetunion. Von beidem hatten sich die »Londoner« längst abgewendet und gegen einen harschen Antikommunismus eingetauscht, den Pollak in der *Arbeiter-Zeitung* ausagierte. So mag es wenig verwundern, dass Pollak sich nicht beeilte, seinen früheren Kollegen in die Redaktion der *Arbeiter Zeitung* zurückzuholen. Leichter kam erst im Juni 1947 auf Einladung des ÖGB und der Arbeiterkammer nach Wien, um die Zeitschrift *Arbeit und Wirtschaft* herauszugeben, brach die Remigration aber ab, als er sich die Marginalität seiner austromarxistischen Positionen eingestehen musste.⁴¹ An der Ausschaltung der

³⁸ Vgl. Fleck, Berger, Gefesselt vom Sozialismus, S. 119–130; Elisabeth Röhrlich: Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 2). Göttingen 2009, S. 100f.

³⁹ Vgl. Pirker, Subversion, S. 482f.; Oliver Rathkolb: Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik. Wien 1981, S. 102–106.

⁴⁰ Vgl. Venus, Kontinuitäten und Brüche, S. 220f.; Maria Sporrer, Herbert Steiner (Hg.): Rosa Jochmann. Zeitzeugin. Wien, München, Zürich 1983, S. 106.

⁴¹ Fleck, Berger, Gefesselt vom Sozialismus, S. 173f.

Linksopposition in der SPÖ beim Parteitag 1948 waren die Remigranten aus London übrigens maßgeblich beteiligt.⁴²

Die Schwierigkeiten der Remigration aus den USA haben mit einem entscheidenden strukturellen Unterschied zu jener aus Großbritannien zu tun. In New York hatten Deutsch und Adler bereits im April 1945 begonnen, eine Liste von siebzehn GenossInnen zusammenzustellen, für die aufgrund ihrer früheren Partiefunktionen und Qualifikationen eine möglichst rasche Rückkehr wünschenswert wäre. Die Liste wurde den zuständigen US-Behörden übermittelt.⁴³ Anders als die »Londoner« verfügten die »New Yorker« aber über keine in Österreich agierende Emissäre. In der 74 Mann starken OSS-Einheit für Österreich befand sich kein einziger sozialistischer Exilant.⁴⁴ Dieses Defizit konnten aus Österreich stammende Besatzungssoldaten der US-Army nicht ausbügeln, denn ihnen mangelte es an nötigen Zugängen sowohl zur SPÖ, als auch zu maßgeblichen US-Stellen in Wien.⁴⁵ Interessant ist, dass die US-Regierung schon im Mai 1945 Karl Hans Sailer eine Reiseerlaubnis nach Österreich erteilen wollte, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Sailer war als ehemaliger Vorsitzender der RSÖ und Anhänger der Idee eines selbstständigen österreichischen Nationalstaates im Jahr 1942 der erste Sozialist gewesen, mit dem SOE bei der Herstellung von Kontakten nach Österreich von Istanbul aus kooperiert hatte. Zwischen Sailer und dessen SOE-Offizier Gedye kam es aber zu Zerwürfnissen, sodass Sailer im Sommer 1943 durch Stefan Wirlandner ersetzt wurde. Als SOE im Mai 1945 von den Absichten US-amerikanischer Stellen erfuhr, Sailer nach Österreich zu schicken, opponierten die Briten heftig dagegen, was offenbar Wirkung zeigte.⁴⁶ Sailer hätte für die »New Yorker« eine ähnliche Rolle spielen können wie Wirlandner und Co. für die »Londoner«. Den »New Yorkern« fehlte somit im ersten Nachkriegsjahr, worauf die »Londoner« bauen konnten: Emissäre, die aufgrund der Integration in die SOE die Befugnis hatten zu reisen, die ihre Interessen gegenüber der Inlandsführung vertraten, einen vielfach effizienteren Informationskanal zwischen Wien und London etablieren konnten, über vergleichsweise gute Kontakte zu britischen, aber auch amerikanischen Offizieren verfügten und intensiv an der Rückkehr eines Türöffners wie Oscar Pollak arbeiteten. Deutsch wurde zwar Mitglied des Parteivorstandes, befand sich

⁴² Fritz Weber: Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950. Wien 1986, S. 189–195.

⁴³ Martin Putschögl: »Die Mandate sind da, aber die Hirne fehlen«. Die Exilpublizisten des »Austrian Labor Committee« und ihre oft vergeblichen Bemühungen, nach Österreich zurückkehren zu können. In: *medien&zeit*, 22 (2007), H. 4, S. 16–24, S. 21.

⁴⁴ HQ USFA, OSS Austria, 11. 9. 1945. Für eine Kopie des Dokuments aus der National Archives and Record Administration (NARA) dankt der Autor Florian Traussnig.

⁴⁵ Der Sohn Otto Leichters war als US-Soldat in Wien. Er fand keinen Zugang zur SPÖ-Spitze. Fleck, Berger, Gefesselt vom Sozialismus, S. 135.

⁴⁶ S.O.E. Meeting, 18. 5. 1945, NARA, OSS Classified Sources and Methods File, RG226, Entry210/Box305/Folder S.O.E. Meetings.

aber in einer machtlosen Position. Aus den USA kam erst 1948 mit Adolf Sturmthal ein gewichtiger sozialistischer Exilant nach Österreich, aber auch ihm gelang es nicht, Parteichef Schärp zu einer aktiven Rückholung einiger noch in den USA befindlicher SozialistenInnen zu bringen.⁴⁷ Von den siebzehn aufgelisteten »AmerikanerInnen« schafften bis 1948 nur sechs den Weg über den Atlantik. Zwei weitere ehemalige Funktionäre kamen in den folgenden Jahrzehnten zurück, wobei einer – Manfred Ackermann – von der Parteiführung brieflich um sein Engagement in Wien gebeten wurde.⁴⁸

Die Rückkehr aus Schweden war ebenfalls viel schwieriger als jene aus London. Der erste kurze Aufenthalt in Wien im Frühjahr 1946 wurde Kreisky nur durch ein Visum möglich, das ihm Kurt Grimm, ein österreichischer Rechtsanwalt im OSS-SOE-Netzwerk in der Schweiz, verschafft hatte.⁴⁹ Kreiskys dauerhafte Remigration erfolgte erst 1951. Im Falle Schwedens kam es im September 1946 zu einer organisierten Sammelrückkehr von 160 Österreichern – es handelte sich bei ihnen aber nicht um 1938 vertriebene Juden und Jüdinnen oder politische Flüchtlinge, sondern um Deserteure aus der Wehrmacht, die in Auffanglagern in Schweden Zuflucht gefunden hatten. Sie wurden von Seiten der österreichischen Behörden wohl wie Kriegsgefangene betrachtet, jedenfalls nicht vor der Rückkehr in ein kriegszerstörtes Land gewarnt, wie es Schärp 1948 in Schweden gegenüber österreichischen ExilantInnen getan haben soll.⁵⁰

Abschließend soll noch kurz die Frage angerissen werden, welche Funktionen die frühen RückkehrerInnen in der SPÖ einnehmen konnten. Zwar gab es 1945 formelle Einladungen der Partei, wonach die ExilantInnen für Funktionen in der Partei benötigt würden. Die Wirklichkeit war aber rauer. Karl Czernetz musste heftig darum kämpfen, einen Posten im Parteiapparat zu erhalten – er wurde schließlich Leiter der Bildungszentrale der Partei. Eine Kandidatur für den Nationalrat war ihm erst 1949 beschieden. Als sich weniger prominente Rückkehrer bei Pollak über Schwierigkeiten in der Partei beklagten, musste er ihnen klar machen, dass die »Einladung« der Partei nicht mehr als ein Stück Papier für die britischen Behörden gewesen war.⁵¹ In der Literatur wird im Hinblick auf Nationalratsmandate der ersten Gesetzgebungsperiode zwischen 1945 und 1949 häufig die Zahl von vier RemigrantInnen unter den 76 MandatarInnen der SPÖ genannt.⁵² Eine Überprüfung anhand

⁴⁷ Adolf Sturmthal: Zwei Leben. Erinnerungen eines sozialistischen Internationalisten zwischen Österreich und den USA. Wien 1989, S. 213–215.

⁴⁸ Putschögl, Die Mandate sind da, S. 23f; Fleck, Berger, Gefesselt vom Sozialismus, S. 112.

⁴⁹ Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik, S. 102.

⁵⁰ Vgl. den Beitrag von Irene Nawrocka in diesem Band, S. 275–290.

⁵¹ Oscar Pollak an Erwin Weiss, 21. 12. 1945, VGA, NMOP, 4/11.

⁵² Hartmut Mehninger, Werner Röder, Dieter Marc Schneider: Zum Anteil ehemaliger Emigranten am politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich. In: Wolfgang Frühwald, Wolf-

der vom Österreichischen Parlament veröffentlichten Biographien erbrachte allerdings, dass sich nur zwei RemigrantInnen im engeren Sinn im SP-Parlamentsklub befanden, nämlich Marianne Pollak und Anton Lindner, der 1945 aus der Schweiz nach Vorarlberg zurückgekehrt war. Mit der Wahl 1949 kam allein Karl Czernetz hinzu.⁵³ Auch Stefan Wirlandner hatte sich Hoffnungen auf ein Nationalratsmandat gemacht, fand zu seiner Enttäuschung trotz intensiver Aufbauarbeit für die Arbeiterkammer und den ÖGB in der Partei dafür aber keine ausreichende politische Unterstützung. Wirlandner erkannte rasch, dass die SPÖ ExilantInnen nicht in der ersten Reihe haben wollte. Er zog sich auf die Position eines Experten zurück und spielte im Hintergrund eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftspolitischen Neupositionierung der SPÖ, der Arbeiterkammer und des ÖGB. Er war einer der Verkünder des Keynesianismus, den er im Exil aufgesogen hatte. In der von ihm gegründeten wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK fanden in den 1950er Jahren dann einige RemigrantInnen wie der Ökonom Eduard März ein einflussreiches Wirkungsfeld. Zu einem transnationalen Akteur der politisch-ökonomischen Westbindung wurde Theo Neumann, der in Tuchföhlung mit Wirlandner im Marshall-Plan-Büro und später für den *Labor Advisor* in der US-Botschaft in Wien arbeitete. Den meisten anderen RemigrantInnen blieb der parteinahe Journalismus als Betätigungsfeld. Die höchste politische Position, die Walter Hacker erreichte, war jene des außenpolitischen Sekretärs der SPÖ. Andere RemigrantInnen wie Ernst Lemberger und Walter Wodak traten in den diplomatischen Dienst ein und wurden Botschafter. Eine wenn auch zum Teil verzögerte politische Karriere gelang Schella Hanzlik: Sie wurde 1948 erste Frauensekretärin der Wiener SPÖ, erwarb sich große Verdienste in der kommunalen Gleichstellungs- und Sozialpolitik, wurde aber erst 1962 Nationalratsabgeordnete.⁵⁴

Als Resümee lässt sich festhalten: Die systematische Rückkehr von Flüchtlingen spielte in den Überlegungen der SPÖ-Führung zur Rekonstruktion des sozialdemokratischen Lagers nach 1945 mit wenigen Ausnahmen nur im Sinne der Vermeidung eine Rolle. Die Neuzusammensetzung fand in Abgrenzung zu den 1938 Vertriebenen, die weit überwiegend antisemitisch verfolgt worden waren, statt. Auf der Ebene der FunktionärInnen gelang es nur einer Gruppe aus London, im Herbst 1945 geschlossen zurückzukehren, begünstigt durch ganz spezifische organisatorische Voraussetzungen, die von der Seite des Exils her initiativ geschaffen worden waren, auf die der Parteivorstand der SPÖ zumindest in einem Zeitfenster von einigen Monaten reagieren

gang Schieder (Hg.): *Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945*. Hamburg 1981, S. 207–223, S. 217.

⁵³ Bei Mehringer, Röder, und Schneider bleibt unklar, wen sie als RemigrantInnen betrachten. Mein Kriterium für die Zeit vor der Remigration ist ein dauerhafter Aufenthalt in Ländern, die nicht vom NS-Regime beherrscht waren.

⁵⁴ Traude Bollauf: *Dienstmädchen-Emigration. Die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England 1938/39*. Wien 2011, S. 300.

musste. In dieser Phase kam es zu einer Auswahl von wenigen RemigrantInnen, die in der Folge selbst als »gatekeeper« agierten. Die Positionen in der Exilpolitik (nationale und ideologische Reorientierung) spielten hierbei als Kriterium eine wichtige Rolle. Wem die Rückkehr in dieser Phase gelang, der oder die konnte Fuß in der Partei oder parteinahen Organisationen fassen und im gegebenen Wirkungsbereich auch langfristig durchaus einflussreich tätig werden – Franz Novy, Stefan Wirlandner, Walter Wodak, Oscar und Marianne Pollak sind dafür die wichtigsten Beispiele. Diese RemigrantInnen wirkten zudem an einer anderen wesentlichen Rekonfiguration des sozialdemokratischen Lagers aktiv mit: der inhaltlichen Abgrenzung gegenüber dem Austromarxismus und der Scharfzeichnung der Trennlinie zur KPÖ. Nach dem ersten Nachkriegsjahr kam es nur mehr vereinzelt zur Heimkehr von im Exil befindlichen FunktionärInnen. Nur in ganz wenigen Ausnahmen erhielten RemigrantInnen die Chance auf ein politisches Mandat, also eine Funktion, die sie mit den Parteimitgliedern und den WählerInnen direkt verband.